



Wie regulatorische Unsicherheit die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit gefährdet

GEBÄUEMODERNISIERUNGSGESETZ (GModG)

Wie regulatorische Unsicherheit die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit gefährdet

Wer nicht weiß, welche Regeln morgen gelten, investiert heute nicht. Diese einfache wirtschaftliche Wahrheit wird für den Standort Deutschland zunehmend zum Problem. Wechselhafte regulatorische Rahmenbedingungen und volatile politische Signale entwickeln sich zu einer strukturellen Investitionsbremse. 63 Prozent der Industrieunternehmen bewerten regulatorische Unklarheiten als signifikantes Risiko für ihre strategische Zukunft.¹ Die Folge ist eine branchenübergreifende Haltung des Abwartens mit realen Wertschöpfungsverlusten – von der Energieversorgung über den Gebäudesektor bis hin zu Wasser- und Agrarsystemen.

Investitionszurückhaltung mit volkswirtschaftlichen Folgen

Die makroökonomische Forschung belegt: Politische Unsicherheit korreliert direkt mit einem Rückgang von Unternehmensinvestitionen und Beschäftigung. Analysen der Europäischen Investitionsbank zeigen, dass erhöhte Unsicherheit mit einem Rückgang des Beschäftigungswachstums um rund einen Prozentpunkt und einer Reduktion der Investitionsquoten um etwa drei Prozent einhergeht.² Besonders betroffen sind Unternehmen in Klima- und Umweltleitmärkten, deren Finanzierung sich unter unsicheren Rahmenbedingungen erschwert.³ Paradoxerweise erhöhen fossil ausgerichtete Sektoren in diesem Umfeld kurzfristig ihre Investitionen.³ Unklare regulatorische Rahmenbedingungen führen so zu einer Fehlallokation von Kapital, verzögern technologischen Fortschritt und verschärfen die realwirtschaftlichen Schäden durch Klimawandelfolgen, Lieferkettenabrisse und Produktionsausfälle. Schon ohne die aktuell diskutierten Ambitionsmilderungen im Klimabereich gehen Projektionen von 800 Milliarden Euro Klimafolgekosten in Deutschland bis 2050 aus.⁴

1 Siemens AG (2026): Infrastructure Transition Monitor, Studie zur Investitionstätigkeit von Industrieunternehmen, März 2026.

2 European Investment Bank (2024): The effect of uncertainty on investment: Evidence from EU survey data. EIB Working Paper 2024/02.

3 Gavrilidis, K., Känzig, D. R., Raghavan, R., & Stock, J. H. (2024/2026): The Macroeconomic Effects of Climate Policy Uncertainty.

4 Kemfert, C. (2025): Zwei Jahrzehnte Klimakostenforschung: Präventiver Klimaschutz als volkswirtschaftlicher Vorteil. DIW.

Finanzmarktreaktionen verschärfen die Lücke

Regulatorische Unsicherheit wirkt sich negativ auf die Risikobewertung aus: Finanzinstitute reagieren mit restriktiverer Kreditvergabe, steigenden Kapitalkosten und selektiverer Projektfinanzierung. Investitionen in langfristige Infrastrukturprojekte werden zurückgezogen oder nur noch zu deutlich höheren Kosten bereitgestellt. Im Clean- & Nature-Tech-Sektor sinkt die Wahrscheinlichkeit für Start-ups, Wachstumskapital zu erhalten – und Investitionen verlagern sich zunehmend in ausländische Märkte mit stabileren Rahmenbedingungen.

Appell an die Politik

Die vier analysierten Regulierungen verdeutlichen: Politische Volatilität im Klima- und Umweltbereich erzeugt Investitionszurückhaltung und volkswirtschaftliche Kosten. Unser Appell ist eindeutig: Zentrale regulatorische Weichenstellungen dürfen nicht zum Gegenstand kurzfristiger, wahlperiodenorientierter Kurskorrekturen werden. Nur eine berechenbare, legislativübergreifende Wirtschaftspolitik, die die **Klima- und Umweltziele** fest im Auge behält, schafft das Fundament, auf dem Unternehmen kalkulierbare Risiken eingehen, privates Kapital für die **notwendige wirtschaftliche Transformation** mobilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nachhaltig sichern können.

Kontext des Factsheets

Der WWF Deutschland hat die ökonomischen Auswirkungen regulatorischer Unsicherheit für vier zentrale Umwelt- und Klimagesetzgebungen detailliert analysiert: die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Netzpaketes, das Gebäudemodernisierungsgesetz, die Wasserrahmenrichtlinie sowie die EU-Wiederherstellungs-Verordnung. Die vorliegende Analyse befasst sich mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG). Die Factsheets zu den übrigen drei Regulierungen finden Sie unter:

► www.wwf.de/themen-projekte/klimaschutz/klimaschutz-deutschland/stabile-rahmenbedingungen-fuer-investitionen



WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT:

Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)

ZUSAMMENFASSUNG

siehe Seite 6 für Details

Das vom Kabinett beschlossene GModG (Stand 05/26) umfasst den Wegfall der 65-Prozent-EE-Vorgabe, die Zulassung fossiler Heizungen mit steigendem Anteil CO₂-neutraler Brennstoffe ab 2029 („Bio-Treppe“), die Einführung einer Grünas- und Grünölquote für Energie-lieferanten ab 2028 sowie die Streichung des Betriebsverbots für Öl- und Gasheizungen ab 2045.

Im Jahr 2030 allein könnten infolge des GModG über 230.000 Wärmepumpen weniger (Absatz 2025: 300.000) installiert werden – ein Rückgang, der mit einer Reduktion des Investitionsvolumens von nahezu fünf Milliarden Euro einherginge.

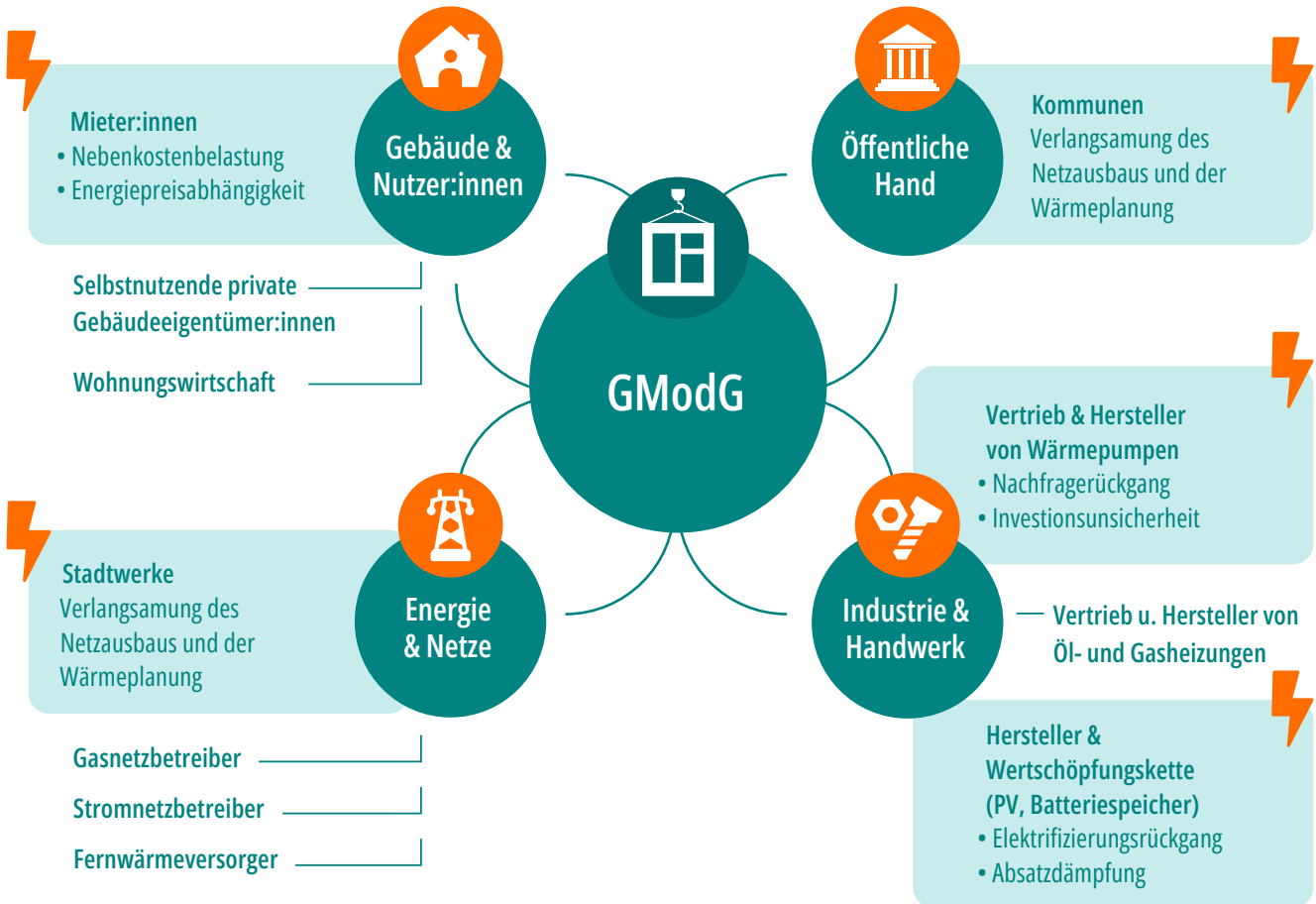
Dadurch würde die Transformation und Dekarbonisierung des Gebäudesektors erheblich ausgebremst, die fossile Abhängigkeit von Haushalten weiter verlängert und das Risiko von Zielverfehlungen mit möglichen Strafzahlungen erhöht.

Der geringere Markthochlauf könnte mit einem **Rückgang von rund 36.000 Arbeitsplätzen** einhergehen, insbesondere in der Herstellung und Installation von Wärmepumpen, sowie in vorgelagerten Wertschöpfungsstufen, mit regionalen Schwerpunkten in Süd- und Westdeutschland.

AUSWAHL BETROFFENER AKTEURE

Sektorübergreifende Auswirkungen durch das GModG

Das GModG wirkt sektorübergreifend und setzt Schlüsselakteure der Energiewende stark unter Druck – von Mieter:innen über Wärmepumpenhersteller und -vertriebe bis hin zu den Wertschöpfungsketten von PV-Anlagen und Batteriespeichern.



⚡ **Starke negative Betroffenheit:** nachhaltig wirksame wirtschaftliche oder strukturelle Nachteile infolge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen



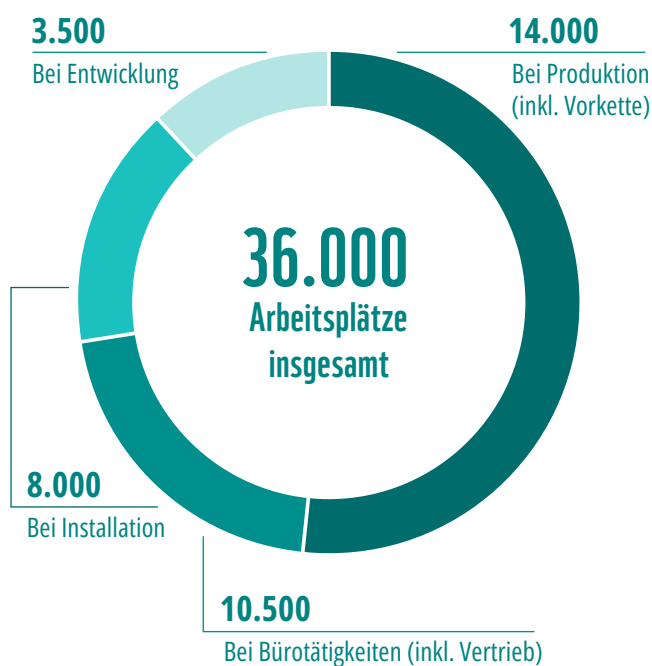
REALWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

Wirksame politische Regularien erfordern klare Zielvorgaben und verlässliche Investitionssignale für die Wirtschaft. Die vom Kabinett beschlossene Abschwächung zentraler Anforderungen im Gebäudebereich bewirkt jedoch das Gegenteil: Sie bremst Investitionen, heimische Wertschöpfung und die nötige Dynamik der Transformation spürbar aus. Bis 2030 könnten infolge der regulatorischen

Änderungen zusätzlich bis zu 16 Megatonnen CO₂-Äq ausgestoßen werden und damit die bereits bestehende Lücke zu den Klimazielen im Gebäudesektor (-110 Megatonnen CO₂-Äq) weiter vergrößern. Eine Verfehlung der vereinbarten Klimaziele bis zum Jahr 2030 würde zu Strafzahlungen von Deutschland an die EU in Höhe von mehreren Milliarden Euro führen.

ABBILDUNG 3:
Geschätzter Arbeitsplatzrückgang bei Wärmepumpen bis 2030

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien. Hinweis: Schätzungen der Auswirkungen des GModG sind mit hoher Unsicherheit verbunden.



Auswirkungen für Wärmepumpenhersteller

Das Gebäudemodernisierungsgesetz erhöht für Wärmepumpenhersteller die Marktunsicherheit, da Nachfrage und Investitionen stark von Preisen und Förderbedingungen abhängen. Eine instabile Förderlandschaft schwächt den Markthochlauf von Wärmepumpen sowie Investitionen und Innovation.

- Vorhandene Studien prognostizieren im Mittel bis 2030 einen Rückgang der jährlichen Installation um circa **230.000 Wärmepumpen** infolge des GModG, circa 27 Prozent weniger als zuvor vorhergesagt. Der Anteil von Wärmepumpen an neuinstallierten Heizungen würde von über 80 Prozent auf unter 65 Prozent zurückgehen.
- Dies geht potenziell mit einem **Rückgang von rund 36.000 Arbeitsplätzen** einher, insbesondere in der Industrie und im Handwerk.
- Darüber hinaus wären vorgelagerte Wertschöpfungsstufen, etwa Zulieferbetriebe der Metallverarbeitung, indirekt betroffen.

Der Rückgang an Wärmepumpen könnte mit einer Reduktion des Investitionsvolumens von nahezu fünf Milliarden Euro einhergehen.



FINANZMARKTPERSPEKTIVE

Zurückhaltung durch Unsicherheit

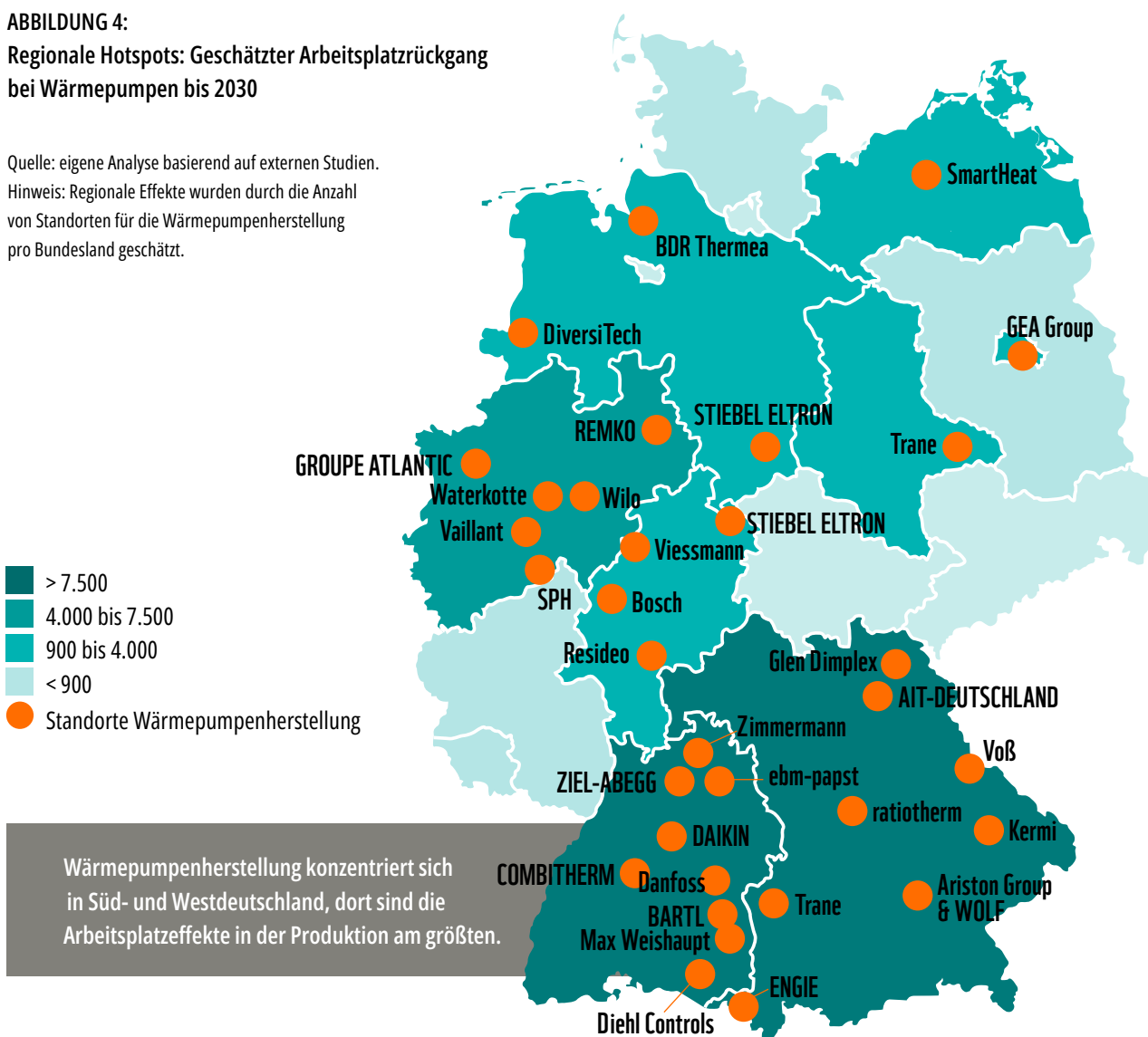
Unter der Annahme der Verabschiedung des GModG verschlechtern sich die Risikoprofile im Gebäudesektor aus finanzmarktlicher Perspektive signifikant. Steigende Energiekosten und die sinkende Zukunftsfähigkeit fossiler Heizsysteme setzen die Immobilienwerte zunehmend unter Druck. Die erwartete Entwertung fossiler Heiztechnologien führt bereits heute zu einem „Brown Discount“ bei entsprechenden Immobilien. Da fossile Heizungen zunehmend als nicht zukunftssicher eingestuft werden,

legen Banken für diese Gebäude teilweise strengere Kreditkonditionen fest.

Investitionshemmnisse entstehen weniger aus bankseitiger Risikoaversion als aus nachfrageseitigen Faktoren, insbesondere hohen Anfangsinvestitionen und begrenzten Förderanreizen. In der Folge vertagen Haushalte geplante Investitionen in neue, nachhaltige Heizsysteme. Dadurch kommt der Markthochlauf ins Stocken, und Hersteller müssen die fehlenden Investitionssignale durch Preisanpassungen oder eigene Finanzierungsmodelle kompensieren.

ABBILDUNG 4:
Regionale Hotspots: Geschätzter Arbeitsplatzrückgang bei Wärmepumpen bis 2030

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien.
Hinweis: Regionale Effekte wurden durch die Anzahl von Standorten für die Wärmepumpenherstellung pro Bundesland geschätzt.



KERNELEMENTE DES BESCHLOSSENEN GModG

Stand 05/2026

ÄNDERUNG	DETAILS
1. Anpassung der 65-Prozent-Vorgabe	Die bisherige Anforderung, nach der neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent auf Erneuerbaren Energien basieren müssen, wird nicht fortgeführt.
2. Bio-Treppe für neue fossile Heizungen	Neue Gas- und Ölheizungen bleiben zulässig und sollen ab 2029 schrittweise steigende Anteile CO ₂ -neutraler Brennstoffe nutzen. Der Einstieg beginnt mit einem festgelegten Mindestanteil, der in definierten Stufen bis 2040 ansteigt.
3. Grüngas- und Grünölquote	Für Inverkehrbringer von Erdgas und Heizöl wird ab 2028 eine Quote für klimaneutrale Energie eingeführt. Sie steigt schrittweise an und soll bis 2030 Einsparungen von zwei Millionen Tonnen CO ₂ erzielen.

METHODE UND ANNAHMEN DER QUANTIFIZIERUNG



Stand 05/2026

SCHRITT	BERECHNUNG/ANNAHME UND QUELLE
Rückgang des Absatzes an Wärmepumpen durch das GModG	Gemittelter Wert aus enervis energy advisors GmbH (2026): <i>Gebäudemodernisierungsgesetz 2026 – Kurswechsel in der Wärmewende?</i> und bwp (2026): <i>Branchenstudie 2026 Marktentwicklung, Prognosen & Handlungsempfehlungen</i> .
Betroffene Arbeitsplätze	Multiplikation des Rückgangs an Wärmepumpen mit den benötigten Beschäftigten pro Wärmepumpe aus GWS (2024): <i>Fachkräftebedarf für den zukünftigen EE-Ausbau. Quantitative Abschätzungen bis zum Jahr 2030</i> .
Ermittlung der regionalen Hotspots	Aufteilung der betroffenen Arbeitsplätze (ausgenommen Installation) auf Bundesländer basierend auf der Verteilung der Wärmepumpenproduktion in Deutschland aus EHPA (2026): <i>Heat pump market intelligence – interactive platform</i> .
Auswirkungen auf Emissionen	Schätzung übernommen aus: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2026): <i>Zwischen Anspruch und Wirkung: Das Gebäudemodernisierungsgesetz und wie es anders gehen kann</i> . Lücke Klimaziele aus: Umweltbundesamt (2026): <i>Treibhausgas-Projektionen 2026 – Ergebnisse kompakt</i> .

IMPRESSUM

Herausgeber WWF Deutschland (Stiftung bürgerlichen Rechts, vertreten durch die Vorständin Meike Rothschild), Reinhardtstraße 18, D-10117 Berlin
 Stand Juni 2026
 Autor:innen Sabina Bals, Lena Herrmann, David Knewitz (alle WWF Deutschland)
 Redaktion Thomas Koeberich
 Koordination David Knewitz (WWF Deutschland)
 Kontakt David.Knewitz@wwf.de und Sabina.Bals@wwf.de
 Gestaltung Epoq Studio | epogstudio.com

Bildnachweise:
 S. 1: Milivoj Kuhar/Unsplash; S. 2: France68/Getty Images;
 S. 3: Zigmunds Dizgalvis/Getty Images; S. 4: StockSeller_ukr/Getty Images